

EINLEITUNG

Reizthema und Tabu

Für die Saarländerinnen und Saarländer, die den 23. Oktober 1955 - die Abstimmung über das Saar-Statut - erlebt haben, stellt dieser Tag ein Schlüsselerlebnis in ihrer Biographie dar. Die Frage Ja oder Nein zum Statut¹ wurde zur Gretchenfrage und spaltete das dicht besiedelte Land in die Gruppe der "Ja"- und der "Neinsager" auf. Ein Riß ging durch Familien, Freundschaften brachen auseinander. Nach dem Nein zum Saar-Statut und dem Beitritt des Saarlandes zur Bundesrepublik in zwei Stufen 1957 und 1959 wurden "alte Rechnungen" zwischen ehemaligen Autonomisten und Anhängern der pro-deutschen Richtung beglichen. Die Emotionalisierung und Polarisierung dieser Jahre spiegelt sich auch in der Quellensituation wider, auf die noch genauer einzugehen ist. Sowohl bei den autonomistischen als auch bei den pro-deutschen Parteien, aber auch bei Verbänden und Interessenvertretungen war Verbrennen, Vernichten und Verstecken von Akten angesagt. Nach der Fusion der sozialdemokratischen und christlichen Parteien verlangte die Parteidisziplin eine gegenwarts- und zukunftsorientierte sachliche Zusammenarbeit. Persönliche Animositäten zwischen ehemaligen "Ja- und Neinsagern" wurden nicht artikuliert und nur langsam abgebaut. In diesem Klima konnte eine historische Bewältigung nicht gedeihen.

1995, vierzig Jahre danach, ist im Gespräch mit Zeitzeugen die alte Spannung immer noch erfahrbar. Bis heute sind nicht alle Wunden verheilt. Die saarländische Öffentlichkeit wie die politische Spitze beschränkten sich in den Gedenkjahren 1960, 1965, 1970 etc. auf eine aus politischem Kalkül behutsam formulierte deskriptive Rückschau. In den Ortschroniken und Jubiläumsschriften wird die Hoffmann-Zeit meist nur gestreift, besonders gescheut werden Personenangaben.² Die Angst, alte Wunden und Gräben aufzureißen, sich unbeliebt zu machen, war lange Zeit verbreitet. Die Generation der jüngeren Politiker, die wegen ihres Lebensalters noch nicht Akteure auf der politischen Bühne des ersten Nachkriegsjahrzehntes sein konnte, zeigte ein geändertes, unbefangeneres Verhalten. Ministerpräsident Oskar Lafontaine (SPD) machte keinen Hehl daraus, daß in der Saarbrücker Staatskanzlei in der Porträtgalerie der Ministerprä-

¹ Das Saar-Statut sah vor, daß das Saarland einen europäischen Status erhalten sollte. Darüber sollte die saarländische Bevölkerung in einem Referendum abstimmen. Im Wahlkampf wurde das Ja oder Nein zum Statut zum Ja oder Nein zu Deutschland umgedeutet. Siehe z.B. : Hans-Walter H e r r m a n n und Georg Wilhelm S a n t e, Geschichte des Saarlandes, Würzburg 1972, S.51 f. Judith H ü s e r, Frankreich und die Saarabstimmung vom 23. Oktober 1955. Innen- und außenpolitische Problemstellungen zur Lösung der Saarfrage, in: Rainer H u d e m a n n und Raymond P o i d e v i n (Hrsg.), Die Saar 1945-1955. Ein Problem der europäischen Geschichte, München 1992, S.359-380.

² Hans-Walter H e r r m a n n, Literatur zur frühen Nachkriegsgeschichte des Saarlandes 1945-1957, in: Revue d'Allemagne XVIII/1986, S.123.